

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien  
Wohlfahrtspflege



13.09.2012

# Gemeinsame Note von BAGFW und Bundesarbeitsgemeinscha ft Wohlfahrt (AT) zum Partnerschaftsprinzip in den EU-Strukturfonds

In der neuen Förderperiode 2014-2020 soll der partnerschaftliche Ansatz bei der Vorbereitung und Programmierung der Operationellen Programme verbessert werden. Es ist erklärte Absicht der Europäischen Kommission, die Rolle der Nichtregierungsorganisationen zu stärken.

In der neuen Förderperiode 2014-2020 soll der partnerschaftliche Ansatz bei der Vorbereitung und Programmierung der Operationellen Programme verbessert werden. Es ist erklärte Absicht der Europäischen Kommission, die Rolle der Nichtregierungsorganisationen zu stärken.

Die unterzeichnenden Organisationen begrüßen und unterstützen diese Zielsetzung. Sie heben die Rolle hervor, die ihre Organisationen bei der Verwirklichung der Europa 2020-Ziele, insbesondere bei der sozialen Eingliederung und der Bekämpfung

von Armut und Ausgrenzung, spielen. Sie verweisen auf den Beitrag, den die Sozialwirtschaft – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderungen – bei der Schaffung von Arbeitsplätzen leisten kann.

Da der partnerschaftliche Ansatz nicht in allen Mitgliedstaaten gleichwertig angewendet wird (neben Deutschland ist hier nur noch Spanien zu nennen, das ebenfalls ein eigenes ESF-Programm für Nichtregierungsorganisationen implementiert hat), hat sich die Europäische Kommission dazu entschlossen, als Arbeits- und Diskussionsunterlage „Elemente eines europäischen Verhaltenskodex für die Partnerschaft“ für die Planung der neuen Förderperiode herauszugeben (am 24.04.2012).

Der Verhaltenskodex legt die Regeln für die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Partnerschaftsvereinbarungen und der Programme fest, die die offene und transparente Vorbereitung und Umsetzung, das Monitoring und die Evaluierung der Programme umfasst, und beschreibt die Aufgaben und die Arbeit im Monitoringausschuss.

Darüber hinaus werden Vorschläge für den Kapazitätsaufbau von Partnern gemacht (gezielte Workshops, Schulungen, Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen und gemeinsame Maßnahmen), um sich angemessen an der Entwicklung der Partnerschaftsvereinbarung und den Programmen beteiligen zu können.

Die unterzeichnenden Organisationen sehen in dem Verhaltenskodex eine Stärkung der Umsetzung der sozialpolitischen Ziele der Strategie Europa 2020 durch eine partnerschaftliche Ausrichtung und Umsetzung der Strukturpolitik.

Sie setzen sich für einen bindenden Charakter des Verhaltenskodex für die neue Förderperiode ein, indem dieser – vergleichbar mit der verbindlichen Wirkung des Gemeinsamen Strategischen Rahmens - als Anhang der Allgemeinen Verordnung beigefügt wird. Damit wird gewährleistet, dass alle relevanten Partner - insbesondere auch Nichtregierungsorganisationen - in ganz Europa angemessen an der

Umsetzung der EU-Strukturfonds für die neue Förderperiode 2014-2020 beteiligt werden.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern das Europäische Parlament und den Rat auf, sich für die partnerschaftliche Umsetzung der sozialpolitischen Ziele der Strategie Europa 2020 einzusetzen, indem der von der Kommission vorgelegte Verhaltenskodex für die Partnerschaft als ein verbindliches Instrument bei der Erarbeitung der Partnerschaftsvereinbarungen für die neue Förderperiode erklärt wird und somit Nichtregierungsorganisationen aktiv daran mitwirken können.

## Dateien

[2012\\_09\\_13\\_Partnerschaftsprinzip\\_in\\_den\\_EU-Strukturfonds.pdf](#) 150 KB

[Zum Seitenanfang](#)

## Themen

[Erwartungen zur Europawahl](#)

[Nachhaltigkeit und Klimaschutz](#)

[Altenhilfe und Pflege](#)

Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung

Betreuungsrecht

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Europa

BAGFW im EWSA

Europa-Service

Fachkräftesicherung

Gesundheitswesen

Kinder, Jugend, Familie und Frauen

Migration und Integration

Qualität

Qualitätsindikatoren in der stationären Pflege

Gemeinnützigkeit und Steuern

Vergaberecht

Wohlfahrt digital